

## Zu diesem Heft

Gefährdungen der Demokratie stehen im thematischen Zentrum dieses Heftes. Ein Thema, dem sich die GWP häufig widmen muss (s. ONLINE ARCHIV). Der Anteil der in „freien“ Staaten lebenden Menschen scheint unaufhaltsam zu sinken, so *Uwe Backes*. Doch vielleicht ist ein Wendepunkt zum Positiven in Sicht? Auch Autokratien benötigen, wie *Backes* ebenfalls zeigt, gewisse Formen der Legitimität. Und hier zeigt sich, dass es mit deren Organisations- und Steuerungsfähigkeit zuletzt nicht weit her ist.

Von der „Autokratisierungswelle“ (*Schmidt*) blieb Deutschland glücklicherweise verschont. Es hätte schlimmer kommen können. Die vom Thüringer Verfassungspräsidenten Stephan J. Kramer für möglich gehaltenen, massiven, gewalttätigen Straßenproteste im Herbst und Winter sind jedenfalls ausgeblieben (taz vom 27.01.2023). Trotz einer Jahrhundertpandemie und „trotz eines – vorsichtig ausgedrückt – nicht immer optimalen Krisenmanagements“ ist, so *Sebastian Jäckle* und *Uwe Wagschal*, das generalisierte Politikvertrauen, welches als Grundstock für den gesellschaftspolitischen Zusammenhalt gelten kann, doch weitestgehend stabil geblieben. *Manfred G. Schmidt* seziert in seiner Klaus von Beyme Memorial Lecture gewissenhaft den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Diagnose lautet: bisschen blutleer, aber sonst gesund. Für die USA konstatiert *Patrick Horst*, dass sich die Spaltung des Landes in den *Midterms* zumindest nicht weiter verschärft habe: „Ein knapper Etappensieg der Demokratie“. Selbst *Colin Crouch* hat sein (post-)demokratisches Niedergangsszenario moderat revidiert, wie *Helmar Schöne* in seinem Buchessay ausführt.

Beschaffung von Gesundheitsgütern, Eingriffe in die Energiemärkte, Prozesse der Entflechtung von Produktionsnetzwerken – das Krisenmanagement der letzten Jahre hat zu einer neuen Rolle des Staates geführt. Der Klimawandel erfordert die Mobilisierung gewaltiger Investitionen (*Sara Holzmann* und *Thieß Petersen*). *Andreas*

*Nölke* hofft, dass die Tendenz zur Re-Nationalisierung progressiv gestaltet werden kann – so wie einst beim *New Deal* der 1930er Jahre in den USA. *Jens van Scherpenberg* hingegen befürchtet, dass nationale Stützungsprogramme die europäische Gemeinschaft untergraben könnten. Zumal auch das deutsch-französische Tandem derzeit etwas unrund läuft (*Roland Sturm*).

Wie die (vergebliche) Evaluation der Corona-Maßnahmen deutlich machte, gibt es in Deutschland nicht nur Funk- sondern auch viele Datenlöcher. Zumindest im Bereich der Bildung existiert eine große Langzeitstudie. Ihr langjähriger Direktor, *Hans-Peter Blossfeld*, erläutert Grenzen und Nutzen des Datenschatzes im Interview.

Wer Staatsbürgerin bzw. Staatsbürger werden darf (und soll) ist nicht erst seit heute umstritten (*Edmund Budrich*). Was aber nicht unumstritten sein sollte ist das Ziel des datenkundigen und datenkritischen Bürgers. *Florian Weber-Stein* und *Joachim Engel* geben didaktische Hinweise für den Weg dorthin.

Wir hoffen, geneigte Leserschaft, dieses Heft möge einige nützliche Hinweise für Sie enthalten!

*Die Herausgeber*